

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Nationalitätenpolitik im Sowjetbund.

Kommunistischer Parteizwang statt nationaler Freiheit.

Eines der Hauptmittel der bolschewistischen Weltpropaganda besteht in dem Hinweis auf die unbehinderte Entwicklungsmöglichkeit, die das Sowjetregime den einzelnen im Staatsverband der UdSSR zusammengeschlossenen Nationalitäten gewährt. In der Tat scheint der Sowjetbund in seinem staatsrechtlichen Aufbau auf weitgehende Befriedigung der mannigfachen nationalen Bestrebungen zugeschnitten zu sein. Nicht nur sind die großen Teilgebiete, wie das ukrainische, das weißrussische, das transkaukasische usw., auf föderalistischer Grundlage verselbständigt worden, sondern auch innerhalb der einzelnen Bundesrepubliken sucht man durch Schaffung zahlloser „autonomer Gebiete“ und dergleichen selbst die kleinsten Volksstämme des ehemaligen russischen Reiches zu einem nationalen Eigenleben zu erwecken. Aber das Staatsrecht allein entscheidet noch nicht über den wahren Gehalt des politischen Lebens; am wenigsten in Sowjetrußland. Im Lande der Parteidiktatur, bei einem absoluten Verbot jeder sonstigen Parteienbildung, ist es die Struktur der allein herrschenden Partei, der „Kommunistischen Partei der Union“, die für die Beurteilung aller politischer Wirklichkeit ausschlaggebend ist.

Diese Partei hat vor kurzem ein neues Statut erhalten. Unter seinen trockenen Bestimmungen verbirgt sich nun eine Vorlesung, die für die Bewertung der Nationalitätenpolitik des Sowjetreiches von größter Bedeutung ist. Die Vorlesung besagt, daß die Bureaus, das sind die leitenden Organe der einzelnen Landesorganisationen, vom Zentralkomitee der Gesamtpartei bestätigt sein müssen. Innerhalb der Partei ist diese Neuerung bereits als mit einem demokratischen Aufbau der Partei unvereinbar kritisiert worden. Nun sind aber nach dem Statut den Landes- bzw. Gouvernementsorganisationen auch die nationalen kommunistischen Parteien gleichgestellt, wie etwa die ukrainische, die transkaukasische Parteien usw. Durch das Bestätigungsrecht der Moskauer Zentrale gegenüber den „Bureaus“, also den eigentlichen Lebenszentren der nationalen Parteien, wird der Grundlag vollends zum Ausdruck gebracht, den bereits das frühere Statut im Artikel 31 aufgestellt hatte: „Die das Gebiet einer nationalen Republik der Sowjetunion bedienende Parteio rganisation ist . . .

vollkommen dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Rußlands unterstellt“, wozu letztere auf dem 14. Parteikongreß im Januar dieses Jahres in Kommunistische Partei der Union umbenannt worden ist.

Gerade mit dem Hinweis auf die rückhaltlose Unterwerfung der nationalen Einzelparteien unter die Gesamtpartei wurde auf dem Parteikongreß der gelegentlich jener Umbenennung aufgetauchte Gedanke abgelehnt, neben den sonstigen nationalen Parteien nun auch eine großrussische kommunistische Partei ins Leben zu rufen: würde doch die Beilegung eines nationalen Prädikats für den großrussischen Teil der Gesamtpartei keinerlei Zuwachs an dem Recht einer nationalen Autonomie bedeuten. Im Gegensatz zur Dezentralisation unseres staatlichen Apparats bleibt unsere Partei eine zentralisierte, von oben bis unten einheitliche Partei, hieß es in den Ausführungen des Berichterstatters auf dem 14. Parteikongreß. Die logische Schlussfolgerung, dann müsse doch auch bei den sonstigen Einzelparteien, wie der ukrainischen u. a., die nationale Bezeichnung abgeschafft werden und ihr Wesen als Gouvernements bzw. Landesorganisationen der Gesamtpartei auch in ihren Namen zum Ausdruck kommen, wurde aus Gründen der „hohen Politik“ zurückgewiesen, um den Schein einer nationalen Vielfaltigkeit des regierenden Kommunismus zu wahren.

Bergegenwärtigt man sich nun die ungeteilte Herrschaft, die die kommunistische Parteio rganisation in der Union sowie in den nationalen Einzelrepubliken ausübt, so steht man, daß dem politischen Eigenleben der Nationalitäten im Rädebunde, trotz der Förderung ihrer „sprachlichen Selbständigkeit“, recht enge Grenzen gezogen sind. Die staatsrechtlich bestehende Selbständigkeit bzw. Autonomie der Einzelrepubliken wird durch die Parteihierarchie illusorisch gemacht, die die regierenden Nationalparteien in ein Abhängigkeitsverhältnis zum Moskauer Zentralkomitee bringt. Hinter der Prunkfassade der Staatsverfassung wirkt allbestimmend das die realen Herrschaftsverhältnisse widerspiegelnde Parteistatut.

General Gajda.

Die Kaltstellung eines Faschistenhauptlings.

Prag, am 3. August.

Die schönen Solostage von Prag sind vorüber. Von diesem Höhepunkt allnationalen Bewußtseins und Freudentaums ging es geradewegs hinab in ein Tal des Schreckens und Standals, aus dem sich bisher noch kein Ausweg fand. Seit Wochen beschäftigt das ganze Land eine militärisch-politische Affäre von solcher Ungewöhnlichkeit und solchen Ausmaßen, daß ihre Schatten weit über die Staatsgrenze hinausfallen. Und wenn wir berichten, daß die stereotype Frage, die jeder politisch nur irgendwie interessierte Mensch in der Tschechoslowakei jetzt täglich an den Nachbarn stellt, immer wieder lautet: „Was ist mit Gajda?“, so ist damit das, was diesem Fall besonders eignet, schon gekennzeichnet: es liegt da nämlich ein Gewirr von Tatsachen, Vermutungen, Verdächtigungen und schwersten Beschuldigungen vor, ohne daß die Regierung auch nur die geringste Eile zeigte, der Öffentlichkeit den vollen, wahren Sachverhalt mitzuteilen. Man bedenke: der Generalstabschef der Armee Gajda, wurde plötzlich und schriftlich, ohne Angabe des Termins, an dem er seinen Dienst wieder anzutreten hätte, auf Urlaub geschickt; über die Gründe dieser Dispensierung wurde nichts verlautbart; in der Presse wurde der Fall diskutiert, und bald wurden die faschistischen Aspirationen Gajdas, bald seine angeblichen früheren Verbindungen und Beziehungen zu Sowjetrußland als Grund seiner Beurteilung gemutmaßt und angegeben. Ueber das Ergebnis der Untersuchung des Falles durch eine überaus vertrauenswürdige, nämlich aus drei Generalen bestehende Kommission ist bisher noch nichts Authentisches bekannt geworden. Ihre Existenz bestätigt nur, daß die Beurteilung Gajdas nichts Harmloses ist, wie man anfangs darzustellen bemüht war, sondern daß schwere „Anstände“ gegen ihn vorliegen, wie schließlich doch in einem sonst aber nichts sagenden amtlichen Kommuniqué zugegeben wurde. Welcher Art aber diese Anstände seien, wurde nicht verraten. Und damit hat man den tausenden Gerüchten Raum gegeben, die sich nun an den Namen Gajda knüpfen, die den Standal nur noch größer machen und die alle dieselbe tatsächliche oder mutmaßliche Unterlage haben. Tatsächlich: Gajda war der von den Tschechoslowaken designierte Diktator; vermutet: Gajda, der tschechoslowakische Generalstabschef, hatte sein besonderes Verhältnis zur Sowjetregierung. Auch was diese, schwerste Beschuldigung gegen Gajda anlangt, hat die tschechoslowakische Regierung bisher alle Varianten in der Presse unbeantwortet und unerwidert gelassen.

Ueber die faschistischen Neigungen Gajdas besteht kein Zweifel. Dieselbe Regierung, die jetzt die Untersuchung gegen ihn führt, hat zwar seinerzeit, als die sozialistischen Parteien den Kampf gegen den General wegen seiner faschistischen Äußerungen und Handlungen eröffneten, erklärt, daß Gajda dem politischen Getriebe fernstehe und er selber lehnte jeden Zusammenhang mit faschistischen Kreisen ab. Aber weder der Regierung, noch weniger Gajda, hat irgendjemand geglaubt. Die Gegenwart und die Vergangenheit dieses an Jahren und als Offiziers noch sehr jungen Mannes sprachen eine zu deutliche Sprache. Nach dem Zeugnis eines Legionärsmajors hat Gajda in Sibirien gegen die Rotgardisten wie ein Berserker gehaust und dort als konterrevolutionärer Heerführer Hekatomben an Menschenleben geopfert. Dieser Mann, der seine bligartige Karriere dann auch auf dem Boden des tschechoslowakischen Staates fortsetzte, mußte den tschechischen Faschisten so recht als ihr Mann erscheinen. Er wurde von ihnen auf den Schild gehoben und von der Presse der Nationaldemokraten, in deren Partei sich die faschistischen Kerntruppen befinden, offen als der stärkste Reiter des Landes und der Nation gepriesen. Und Gajda selber, der doch angeblich dem politischen Getriebe fernsteht, ergriff noch während der Solostage in dieser nationaldemokratischen Presse das Wort, um „mit Besorgnis auf die gegenwärtige Entwicklung der Verhältnisse“ in der Tschechoslowakei zu blicken und an jenen „kleinen Trupp begeisterter, entschlossener und vom Geiste der Opferwilligkeit erfüllter Kämpfer“ zu appellieren, die auf ihn schwören. Das ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Und vor wenigen Tagen veröffentlichte der Mailänder „Secolo“ ein Interview seines Prager Korrespondenten mit Gajda, der da unverhohlen und mit Freude das Anwachsen des Faschismus in der Tschechoslowakei feststellte und dessen vollkommene Entwicklung innerhalb zweier Jahre in Aussicht stellte. Auch von einer bevorstehenden Zusammenkunft des Dr. Kramarsch, des Führers der Nationaldemokraten, mit Mussolini, wußte Gajda dem italienischen Journalisten zu erzählen. Daß das keine bloße Erfindung sein kann, geht wohl schon daraus hervor, daß selbst die „Prager Presse“, das Organ der Regierung, dieses Interview als ein höchst bedenkliches Symptom registrieren mußte. Gajda leugnet zwar diese Unterredung. Aber es liegt nicht der geringste Anlaß vor, ihm zu glauben. Die faschistischen Bestrebungen Gajdas, als des ersten Militärs, gegen Regierung, Verfassung und Demokratie würden wohl hinlänglich sein, um seine Beurteilung zu erklären und jede Möglichkeit seiner Rückkehr auf seinen alten Posten auszuschließen. Aber die langwierige, geheimnisvolle Untersuchung, das Schweigen der Regierung zu allen sonstigen schweren Angriffen, die gegen Gajda gerichtet werden, lassen mit Bestimmtheit er-

Urteil im Budapester Kommunistenprozess.

Schwere Zuchthausstrafen.

Budapest, 4. August. (Eigener Drahtbericht.) Der große Kommunistenprozess ist heute mittag nach zweiwöchiger Verhandlung zu Ende gegangen. Um 1/2 Uhr begann der Vorsitzende mit der Verlesung des Urteils. Danach erhalten von den fünf Hauptangeklagten Rakoscy 8 1/2 Jahre Zuchthaus, wovon 10 Monate als durch die Untersuchungshaft verbüßt gelten. Weinberger erhielt 8 Jahre Zuchthaus, Ori vier Jahre, Gögösch 3 1/2 Jahre und Hamann 2 Jahre 4 Monate Zuchthaus. Die Urteilsverkündung dauert zur Stunde noch fort.

Der Richterkrieg in Magdeburg.

Vernehmung der Braut.

Dem Amtlichen Preussischen Pressedienst geht folgende Mitteilung zu: „Die Akten in der Mordsache Helling werden demnächst zur Entscheidung über die Haftbeschwerden der Kammer vorgelegt werden. Zur Vorbereitung dieser Entscheidung sind zurzeit Ermittlungen in statt, die noch einige Tage in Anspruch nehmen werden. Die gerichtliche Voruntersuchung ist jetzt auch gegen Schröder auf Wurd ausgedehnt. Der Untersuchungsrichter arbeitet in ständiger Fühlung mit dem Oberstaatsanwalt. (?? Red.) Die neu zur Verfügung gestellten Berliner Kriminalbeamten werden vom Oberstaatsanwalt mit Aufträgen versehen.“

Inzwischen ist die in Köln verhaftete Braut Schröders, die Hausangestellte Göhe, viele Stunden hindurch vernommen worden. Sie hat zur Zeit des Verschwindens des Hellings bei Schröder in Kottmersleben gewohnt. Ihre Verhaftung bedeutet selbstverständlich noch nicht ihre Mitschuld. Die soll ihr erst nachgewiesen werden. Die Mitteilungen gewisser Sensationsblätter, die schon von der erwichenen Schuld der Göhe sprechen, sind daher mit doppelter Vorsicht zu genießen.

Magdeburg, 4. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Braut des Raubmörders Schröder wurde am Dienstag abend 9 Uhr in das Magdeburger Polizeigefängnis eingeliefert. Sie heißt Ute Goetz und ist 18 Jahre alt. Als Kind gutbürgerlicher Eltern kam sie vor etwa 1 1/2 Jahren zu Verwandten nach Magdeburg, wo sie nach kurzer Zeit den Schröder kennen lernte. Es kam zwischen den beiden zu einem Liebesverhältnis. Schröder nahm seine Braut, wie er die Göhe überall vorstellte, mit in sein Haus nach Großrottmersleben, in dem damals noch seine Mutter wohnte. Diese mißtraute sich auf das schärfste dem Bunsche ihres Sohnes, dessen Braut in ihrem Hause wohnen zu lassen, so daß es häufig zu ernstlichen Zwistigkeiten kam. Auf einmal starb die Mutter plötzlich. In dem Wohnzimmer des Hauses war, wie Schröder sagte, „aus Versehen“ plötzlich ein Schuß losgegangen und hatte seine Mutter sofort getötet.

Es ist bereits festgestellt, daß die Göhe bis in die letzten Tage hinein mit Schröder einen regen Rassisterverkehr unterhielt.

Der Senat für Poincarés Vorlage.

Stabilisierung erst nach einer Frankensteinigerung.

Paris, 4. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Senat hat gestern abend die Finanzvorlage Poincarés, sowie sie ihm von der Kammer zugegangen war, mit 250 gegen 13 sozialistische Stimmen angenommen. Der Abstimmung ging eine längere Rede Poincarés voraus, in der er die bekannten Gedankengänge über die Finanzsanierung auseinandersetzte. Er wiederholte, daß der gegenwärtige Stand des französischen Frankens ungerechtfertigt sei und daß dieser Stand sogar angesichts des großen Goldbestandes der Bank von Frankreich, des zweitgrößten der Welt, eine Absurdität sei. Infolgedessen müsse man zunächst den Frankens seinen wahren Wert zurückgeben, ehe man zur Stabilisierung übergehen könne. Er schloß, indem er äußerte, daß er genau wisse, daß keine statistischen Maßnahmen in weiten Kreisen der Bevölkerung Unzufriedenheit hervorrufen würde. Er aber und die Minister handelten im Interesse des Vaterlandes, hinter dem alle anderen Erwägungen zurücktreten müßten. Der Senat nahm die Rede Poincarés mit lebhafter Zustimmung auf.

Eine Lehrer-Internationale.

Vorbereitung in Paris.

Am 1. August traten auf Veranlassung des ISB, unter dem Vorsitz von Sassenbach, Amsterdam, in Paris die Delegierten der Lehrgewerkschaften zusammen, die durch ihre gewerkschaftlichen Landeszentralen der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale angeschlossen sind. Gegenstand der Beratungen war der internationale Zusammenschluß der Lehrer. Vertreten waren die freien Lehrgewerkschaften von Frankreich, Deutschland, Oesterreich, der Niederlande und Luxemburg, die insgesamt eine organisierte Mitgliederzahl von circa 125000 Lehrern darstellen. Es wurde einmütig von allen Vertretern zum Ausdruck gebracht, daß man einen internationalen Zusammenschluß wünsche. Für die endgültige Gründung der Internationale, nachdem das Einvernehmen mit den Landesverbänden hergestellt ist, wurde der 27. November 1926 festgesetzt. Als Ort der Gründungstagung ist Brüssel in Aussicht genommen, da auch die belgische Lehrgewerkschaft eine Mitwirkung an den Verhandlungen zugesagt hatte, zuletzt aber verhindert worden war.

Juwelendieb Frank verhaftet.

In Stettin.

Stettin, 4. August. (Ill.) Der wegen Juwelendiebstahls an dem Schriftsteller Erdmann in Binz verdächtige kürzlich entflohene Seemann Otto Frank ist heute in Putbus auf Rügen durch einen dortigen Polizeibeamten festgenommen worden und in das Landgericht Bergen eingeliefert worden. Beamte der Stettiner Kriminalpolizei sind entsandt, um ihn in Empfang zu nehmen.

kennen, daß das Schuldregister des Herrn Generalstabschefs mit dem Faschismus noch keineswegs erschöpft ist. Bisher vermochte noch niemand Konkretes vorzubringen, zu all den vielen ungeheuerlichen Anschuldigungen fehlt bis nun jeglicher Beweis. Auffallend ist, daß die Kommunisten sich zu der ganzen Affäre sehr reserviert verhalten und daß ihr Zentralorgan die Beziehungen Gajdas zu Sowjetrußland ablegnete und lediglich als ein geschicktes Manöver der Prager Regierung hinstellte, die so die beste Handhabe fände, den faschistischen General abzuführen. Man begreift, daß den Kommunisten schon die bloße Vermutung peinlich ist, der weiße General Gajda von ehemals könnte jetzt besonders „freundschaftliche“ Beziehungen zur Sowjetregierung haben. Ihren Unglauben teilen die Kommunisten aber in diesem Fall mit den Faschisten selbst, die die ganze Gajda-Affäre als das Werk des Außenministers Benesch hinzustellen bemüht sind, den angeklagten General als Märtyrer feiern und dreist genug waren, Einfluß auf die Untersuchung nehmen zu wollen, indem sie in ihrer (der nationaldemokratischen) Presse schon vor etwa zehn Tagen diese Unterjochung als fast abgeschlossen und zwar für Gajda günstig abgeschlossen erklärten, der nun bald Gelegenheit haben würde, seine Angreifer zur Verantwortung zu ziehen! So versuchen die faschistischen Nationaldemokraten den Skandal Gajda, mit dem sie selbst bei günstigstem Ausgang doch schwerlich je Parade machen könnten, gegen die „Burg“, das heißt vor allem gegen Benesch, aber auch gegen Masaryk auszunützen. Minister Benesch stellte kürzlich in einer sehr scharfen Erklärung jede persönliche Einflußnahme auf die Affäre Gajda entschieden in Abrede, von der er erst nach dessen erfolgter Beurteilung in Kenntnis gesetzt worden sei. In der Partei des Dr. Benesch, den tschechischen Nationalsozialisten, ist jedenfalls durch den Fall Gajda die Krise zwischen dem Alois-Flügel und dem faschistischen Strömungslager erheblich verschärft worden.

Man wartet mit Spannung auf den Ausgang dieser Angelegenheit. Nach all dem bisher Vorgegangenen hoffen wir, daß Gajda, der das Ergebnis der Untersuchung in seiner Prager Villa abwarten darf, militärisch und politisch erledigt den Schauplatz verläßt. Auch wenn er sich von dem Verdacht gegen seine auswärtige „Politik“ reinigen kann. Es genügt, daß er, der Generalstabschef, als Bannerträger der Faschisten gekennzeichnet ist, um ihn für immer zu beseitigen.

Gajda bleibt kaltgestellt.

Prag, 3. August. (Eigener Drahtbericht.) Das tschechisch-sozialdemokratische Zentralorgan „Pravo lidu“ meldet, der bevorstehende Abschluß der Untersuchung werde Gajda als vollkommen ehrenhaft erklären, Gajda werde jedoch nicht mehr in den aktiven Heeresdienst zurückkehren.

Ludendorff und die Hohenzollern.

Er wollte sie durch die Wittelsbacher ersetzen.

Die „Bayerische Umschau“, ein Organ der nationalsozialistischen Verbände in Bayern, veröffentlicht einen scharfen Angriff auf Ludendorff. Man hat ihm in Bayern besonders übel genommen, daß er gewußt hat, Rupprecht werde nie König von Bayern, aber auch nicht Kaiser von Deutschland werden. Dafür rechnet man ihm vor, daß er auch anders gekonnt habe. Die „Bayerische Umschau“ schreibt:

„Schließlich ist in eingeweihten Kreisen in Bayern nicht unbekannt geblieben, daß es kein anderer als Ludendorff war, der dem bayerischen Kronprinzen eines Tages das Anerbieten machte, ihn an Stelle des „untauglichen“ Hohenzollern als deutschen Kaiser zu lancieren. Kronprinz Rupprecht war es, der ablehnte und den preussischen General an seine Verpflichtungen gegenüber dem Hause Hohenzollern erinnerte.“

Die Umschau meint, sie habe zu den üblen Streichen Ludendorffs bisher geschwiegen aus Scham, aber nun redet sie, weil es um den „Kini“ geht.

Im übrigen sind der General, der den „Kini“ als Kaiser lancieren wollte, und der „Kini“, der sich selber lancieren möchte, einander würdig.

Gestellungsbefehl für Maslow.

Ultimatum des Inquisitiongerichts.

Maslow hat durch seinen Verteidiger, Genossen Rosenfeld, wegen schwerer Krankheit Ausschub der Ausweisung beantragt. Die Krankheit ist durch den Kreisarzt festgestellt worden.

Inzwischen hat die russische Inquisition Maslow ein Ultimatum gestellt. Am 22. Juli wurde ihm folgendes Telegramm des Sekretariats des EKKI überliefert:

„In Übereinstimmung mit dem Beschlusse des EKKI, bezüglich Ihres Verhaltens vor Gericht wurde der endgültige Beschluß über Ihre Parteizugehörigkeit bis zu Ihrer Entlassung aus dem Gefängnis verschoben. In Anbetracht dessen, daß Sie jetzt in Freiheit sind, schlägt Ihnen das EKKI vor, in Wochenfrist nach Erhalt dieses Telegrammes beim EKKI zu erscheinen zwecks Sitzung zur Erledigung Ihrer Angelegenheit.“

Also eine regelrechte Vorladung! Nach der „Volkswacht“ hat Maslow eine neuerliche Frist bis Donnerstag, den 5. August, erhalten. Die Komintern als Ernährerin der „Revolutionäre“ macht ihre aus der Bezahlung abgeleitete Gerichtsbarkeit geltend.

Tot oder lebendig: Maslow soll nach Moskau. Die Inquisition wartet.

Die völkischen Studenten in Bonn.

Offener Brief der österreichischen sozialistischen Studenten

Die Krise innerhalb der in Bonn a. Rh. tagenden nationalsozialistischen Studentenschaftsorganisation wirkt sich zu einer Dauerkrise aus. Nicht nur eine starke Opposition aus den eigenen Reihen heraus durch die auf sachlich-unpolitische Arbeit drängenden Fachgruppen macht sich bemerkbar, sondern auch die republikanischen und sozialistischen Gruppen des Reiches führen einen entschlossenen Kampf, in dem es von besonderer Bedeutung ist, daß dieser von der rheinischen Studentenschaft fast einheitlich unterstützt wird. Der sozialistische Hochschulausschuß Österreichs, der über 2000 organisierte Studenten umschließt, hat dem Studententag folgenden „Offenen Brief“ zugehen lassen:

„Der sozialistische Hochschulausschuß als die Vertretung von 2000 organisierten sozialistischen Studenten Österreichs wendet sich hiermit an die Hochschulbehörden und an die Studentenschaft Deutschlands und Österreichs.“

Seit Jahren gibt sich im In- und Ausland ein Teil der österreichischen Studenten als die Vertretung der gesamten österreichisch-deutschen Studentenschaft aus. Durch ein geschicktes Manöver ist es dieser Gruppe sogar gelungen, trotz ihres einseitig parteipolitischen Ausbaus als Kreis 8 der Deutschen Studentenschaft anerkannt zu werden. Der Kreis 8 der Deutschen Studentenschaft umfaßt jedoch nur die Gruppen, die sich zum rassenpolitischen Aufbau der deutschen Studentenschaft bekennen und schließen damit alle Andersgestimmten von der Mitarbeit aus. Große Kreise der österreichisch-deutschen Studentenschaft stehen abseits vom Kreis 8, werden durch ihn nicht vertreten und wollen durch ihn in seiner jetzigen Form nicht vertreten werden. Diese deutschen Studenten sind daher von der großen deutschen Studentenschaft ausgeschlossen.

Der sozialistische Hochschulausschuß richtet an alle Hochschulen und an alle deutschen Studenten die Aufforderung, dafür einzutreten und dafür zu sorgen, daß die deutsche Studentenschaft wirklich eine Gesamtvertretung aller deutschen Studenten, auch in Österreich wird.

In den nächsten Tagen wird in Bonn am Rhein über die Zukunft der deutschen Studentenschaft entschieden werden. Wer Schlus machen will mit den lähmenden inneren Verfassungskämpfen; wer die große Gemeinschaft aller deutschen Studenten will; wer praktische Anschließbarkeit leisten will: der sorgt dafür, daß in Bonn endlich die Gesamtvertretung aller deutschen Studenten geschaffen wird.“

Ebenso stellt in einem ähnlichen Flugblatt das Kartell Republikanischer Studenten Deutschlands und Österreichs die völkischen Studenten vor die klare Entscheidung, ob sie eine wahre, nicht auf rassenpolitischem Ausleseprinzip beruhende Gesamtorganisation aller Studenten zu schaffen bereit sind, oder ob sie weiter Sabotage am großdeutschen Gedanken treiben wollen. Auf die Antworten darf man gespannt sein. Die sachliche Arbeit, die sonst in Bonn geleistet wird, gleicht dem üblichen völkischen Kummel: Man hält Brandreden, in denen besonders immer wieder der akademische Sport (Kleinfaßbergschießen) als unbedingt notwendiger Ersatz für die Militärdienstpflicht gepriesen wird.

Der Kommunisten Skandal von Köln.

Die Villa des Fraktionsführers.

Köln, 4. August. (Rth.) Die erweiterte Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Deutschlands beschäftigte sich mit der Frage des Fraktionsführers der Kölner kommunistischen Partei, des Lehrers Knab. Es wurde beschlossen, daß Knab bis auf weiteres seine sämtlichen Parteifunktionen niederlege, bis ein Untersuchungsausschuß alle gegen ihn erhobenen Vorwürfe und Anschuldigungen genau geprüft habe. Bekanntlich ist Knab von sozialdemokratischer Seite vorgeworfen worden, daß er aus öffentlichen Mitteln große Südtourneen unternommen habe, und sich einen mehrstöckigen Villenbau errichten lasse.

Abstinenz-Internationale.

Das Sekretariat in Berlin.

Der Internationale Kongreß der Alkoholgegner, der vom 21. bis 28. Juli in Dorpat (Estland) stattgefunden hat, brachte auch eine gründliche Aussprache zwischen den Vertretern der Arbeiter-Abstinenzorganisationen. Die Birren der Nachkriegszeit haben bisher eine wirksame internationale Vereinigung dieser Organisationen gehindert. In Dorpat nun hat man sich entschlossen, folgenden Vorschlag, der von den deutschen Genossen ausging, anzunehmen:

„Die sozialistischen Abstinenzorganisationen vereinigen sich und bilden ein internationales Sekretariat, das seinen Sitz in Berlin hat. Die in Dorpat versammelten Delegierten verpflichten sich, diesem Bureau je nach ihren Kräften die Mittel zuzuführen, die zur Deckung der Geschäftskosten nötig sind. Diesem Bureau sind alle diejenigen Organisationen angeschlossen, die der Richtung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam angehören. Ausnahmen, die ihren Grund in den Verhältnissen eines Landes haben, müssen dem Internationalen Komitee vorgelegt werden, das bis zur allgemeinen Delegiertenversammlung die Entscheidung trifft.“

Zum internationalen Sekretär wurde die Genossin Dr. Wegscheider gewählt. Das Internationale Komitee besteht aus den Genossen Boionmaa (Finnland), Björkman (Schweden), Dr. Kurz (Wien) und Dr. Holitscher (Tschekoslawakei).

Die Börse fest.

Die heutige Börse war wieder außerordentlich fest. Eine außerordentliche Haussebewegung vollführten Farben, über die eine Anzahl von Gerüchten umgingen, was die in diesem Zusammenhang betroffenen Papiere gleichfalls onregte. In Bankrotfällen steht man dieser übertriebenen Aufwärtsbewegung nicht sympathisch gegenüber. Bemerkenswert ist, daß verschiedentlich umfangreiche Realisationen vorgenommen wurden. Der Geldmarkt bleibt leicht, Renten sind völlig still, am Devisenmarkt ist das Geschäft mehr klein.

Von der Deutschen Hochschule für Politik. Der preussische Ministerpräsident Braun, Reichsminister Dr. Marx, Reichstagsabgeordneter Koch, der deutsche Gesandte in Wien Graf Verdenfeld und Reichstagsabgeordneter Professor Kahl sind dem Vorstand der Deutschen Hochschule für Politik beigetreten.

Bravo, Picard!

Von J. Steiner-Sulien.

Der Zwischenfall im Grand Hotel in Ostende, den uns Erich Gottgebet hier erzählte, hat in uns, den ehemaligen Kriegsgefangenen und „Zivilinternierten“, Erinnerungen aufstehen lassen, die schon zugekaut waren vom Leichentuch der Zeit.

Der Oberkellner Picard hat einem Gast, den er zu bedienen hatte, seinem einstigen Lagerkommandanten als Picard Kriegsgefangener war, die heiße Bratensauce ins Gesicht geschleudert. Eine milde, impulsive, daher schlecht ausgeführte Strafe.

Zu Tausenden sind sie gestorben, die Gefangenen des Krieges aller Völker, gestorben an den Entbehrungen des Lagerlebens. Die Lagerkommandanten haben sie grausam behandelt, schimpflich bestohlen, haben ihnen saule Kartoffeln und madige Äpfel zu essen gegeben, und wenn sie sich beschwerten, in dunkle Löcher eingesperrt.

Woh denen, die sich beschwerten, die eine genaue Kontrolle forderten, die gerechtere Kartoffeln verlangten und Fett, das nicht stank! Sie wurden als Disziplinbrecher eingesperrt, in Löchern ohne Luftzufuhr, ohne Licht. Und wenn sie nach einer solchen wiederholten Prozedur nicht müde waren, wurden sie ins Disziplinlager verschickt.

Wir wollen gerecht sein. Die Lagerkommandanten waren nicht böser und nicht schlechter als andere Menschen. Viele traten mit menschlichen Gefühlen und guten Absichten ihr Amt an.

Ich erinnere mich eines charakteristischen Falles. Als ich Ende Oktober 1915 in Frankreich interniert wurde, fand ich meine neuen Leidensgefährten in einem unbeschreiblichen Zustande. Statt Betten hatten sie verfaulte Strohläden, die auf dem Boden lagen. Sie hatten keine Decken. Sie durften weder Stuhl noch Wandbrett oder Schrank haben. Sie hatten weder Trinkgefäße noch Handtücher. Bäder gab es nicht. Die Nahrung war ungenießbar und unzureichend.

Ich machte einen fürchterlichen Krach. Ich sagte dem Sergeanten, der diese Hölle regierte — der eigentliche Lagerkommandant war ein Trunkenbold und kümmerte sich um nichts — die dastien Wahrheiten. Ich schrieb an den Präsidenten, den Minister, an die amerikanische Botschaft, an Abgeordnete und einflussreiche Journalisten. Und ich sorgte dafür, daß die Briefe auch an ihre Adresse kamen.

Sechs Wochen darauf waren der Sergeant und der Lagerkommandant verlegt, und es kam ein neuer Mann. Der Mann hatte die besten Absichten. Die Nahrung wurde gut und ausreichend. Wir bekamen Decken und durften uns Betten zimmern. Bänke und Tische wurden herbeigebracht, Bäder angelegt. So, wir durften sogar zweimal die Woche, von Soldaten bewacht, ausgehen.

Aber wie lange dauerte dieser Zustand? Vielleicht zwei, drei Monate. Dann fingen die alten Qualereien wieder an. Die Nah-

rung wurde schlechter und färglicher. Die Bewegungsfreiheit wurde eingeschränkt. Wir wurden bestohlen wie zuvor, wenn auch mit größerem Raffinement. Kam einer ins Loch, wurde er nicht, wie früher, in ein leeres Zimmer gesperrt, sondern in ein Verließ ohne Fenster und Luftzufuhr, in dem man nicht überall aufrechtstehen konnte.

Der einst menschlich fühlende Lagerkommandant war ein grausamer, hartherziger Gauner geworden.

Und das geschah auf sehr einfache Art. Die Lagerkommandanten waren allmählich gegenüber Gefangenen, die kein Gesetz, kein Verteidiger schützten, die zumeist nicht einmal der Landessprache mächtig waren. Es gab keinerlei Kontrolle, die diesen Namen irgendwie verdient. Die Lieferanten, die alle verdienen wollten, nie genug verdienen konnten, hatten ein ganz raffiniertes System, um die Lagerkommandanten zu korrumpieren. Und ringsum war in der ganzen Welt Rord das höchste Gebot und Raub und Plünderung ehrenvoll. Nur Uebermenschen konnten solchen Einflüssen auf die Dauer widerstehen.

Aber wie sehr verstehe ich dich, Picard, daß du in der ersten Aufwallung deinem ehemaligen Lagerkommandanten ins Gesicht schleuderst, was du gerade zur Hand hastest! Zu viele sind von diesen Lagerkommandanten langsam gemordet worden, zu sehr sind die Ueberlebenden gequält worden. Statt des ehemaligen Lagerkommandanten hat man dich hinausgeworfen. Und wenn du jetzt auf dem Pflaster liegt und keine Stellung finden solltest: es gibt emige hunderttausend ehemaliger Gefangener aller Nationen, die dir mit Freuden helfen würden.

Die Filmzensur der Polizei. Wir haben eine Reichsfilmzensur, nicht doch: wir haben so viele Filmzensuren, als es Länder und Polizeipräsidenten gibt. Der „Panzerkreuzer Potemkin“ ist auf Grund des Einspruchs einzelner Länder aufs neue beschnitten und dann wieder freigegeben worden. Nun könnte die künstlich zum Kochen gebrachte „Boltsseele“ ihre Ruhe haben. Indes, die Souveränität der Länder pfeift auf das Reichsrecht und verbietet aufs neue den zensurierten und nun freien Film. In Groß-Stuttgart (wie in Thüringen) darf der Film nicht gespielt werden, weil das dortige Polizeigehirn findet, daß „die an dem Bildstreifen vorgenommenen Änderungen seine aufreizende und den Staat sowie die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdende Wirkung nicht verringert habe“. Der Potemkin-Film ist in der neuen Form in Stuttgart vor einem Interessentenpublikum vorgeführt worden. Die Presse findet das erneute Verbot töricht, ja verfassungswidrig. Aber was tut's! Das Polizeipräsidium Stuttgart kümmert sich nicht um Reichsrecht und oberste Entscheidungen der Filmzensur. Es konstruiert — nicht etwa auf Grund von vorgenommenen Tathaten, sondern aus dem reinen Nichts — die Staatsgefährlichkeit des Films, die die Filmzensur für nicht gegeben erklärt hat — es verbietet. Wenn das kein Hohn auf die Souveränität des Reiches in Filmachen ist, dann gibt es keinen! Es wird Zeit, daß die deutsche Republik sich Respekt verschafft bei den Untergräbern staatlicher Ordnung.

Völkische Ehrabschneider.

In Berlin lebt einst ein Doktor Lippert, völkischen Komposts Beriesler, Der redaktionell das Bist verdrüppert, So im Landtag ausgepörrt Herr Gieseler.

Was der aus den Fingern sich gefogen, Die nicht lauder, und erdichtet hat, Das erschien gedruckt als wie gelogen, In Herrn Lipperts „Deutschem Tageblatt“.

Den Minister Hirsfelder zu stürzen, Weil zu sehr der ihnen links gericht, Richtigten sie mit duktenden Gewürzen Eine finstere Bordelgeschicht'.

Doch — o Schreck! — Hirsfelder wurde sagbar! Furchtbar war nun Lipperts Anglistgeschwätz, Denn als deutscher Mann fand er nicht tragbar, Daß er hierfür in der Zelle saß'.

In der Sache ließ sich nichts beweisen, Der Gewährsmann wußte — ach — von nicht. — „Herr Lippert, geben Sie auf Reisen, Mancher ist schon der Justiz entwischt!“

Gieseler verhartete kalten Blutes, Da immun, gottlob, er seinerseits, Lippert wählt das bessere Teil des Rutes Und nahm ein Biletz sich nach der Schweiz.

Dozt braucht er sich nicht mal zu bequemen, Da ihm kein Gerichd ans Leder kann, Das Behauptete zurückzunehmen. — Seht, das ist ein echter deutscher Mann!

Lippert, voreilig hast du gehandelt! Eine Chance hat der völk'che Schurt': Alles wird zum Guten noch gewandelt — Stell' dich der Justiz in Ragdeburg!

M. v. Lindenbuden.

Das Ueberkommene. Sommertheater — schön! Velgite Kost, mannigfach gewürzt und meinetwegen auch papprisiert. Aber in der Art der Darbietung doch Theater. Was aber das Reizdenztheater am Dienstag mit einer Reueinstudierung der „Kiki“ bot, war irgendeine unwahrscheinliche Uebersteigerung des Begriffes Sommertheater. Man braucht nicht die Käthe Dorsch vor Augen zu haben, die in dieser Rolle ihren Chorme, ihren Mutwillen und ihre Laune ausgelassen hat, um Maria Slatowa unmöglich zu finden. Die Dame mag vielleicht ihre Formen im ersten Spiel haben, für diese Choristin aber bringe sie gar nichts mit, das die Figur anziehend machen könnte. Auch die übrige Besetzung ließ manches zu wünschen übrig. Aber man amüsierte sich trotzdem!

Volkskommissare unter sich.

Die Opposition wird in Moskau öffentlich bloßgestellt.

Die letzte Rede Derschinis im Moskauer Zentralkomitee durfte vierzehn Tage nicht veröffentlicht werden. Man wußte nur, daß sie dem Kampf gegen Sinowjew und die Seinen gegolten hatte. Jetzt fühlt sich die Parteileitung genötigt, die Flucht in die Dessenlichkeit anzutreten, um die Opposition um so sicherer zu treffen. So verkündet sie unfreiwillig die ungeheuren Spannungen, die in der leitenden Körperschaft der russischen Staatspartei und damit des Staates zur Explosion kamen.

Der Kampf der Geister — und der Ressorts — tobte sich in Moskau z. B. in den beiden folgenden, von der „Boskischen Zeitung“ berichteten, Szenen aus.

Derschinis beklagte sich über den fürchterlichen Bureaumatismus und das Gegeneinanderarbeiten der beiden Zentrier. Er erzählte, wie oft er zu Kijow, dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, und zum Vorsitzenden des Rates für Arbeit und Verteidigung gegangen war und verlangt hatte, entweder Wirtschafts- und Handelskommissariat zu vereinigen oder ihn selber zurücktreten zu lassen. Dabei beklagte sich Derschinis darüber, daß ihm kein eigener „Staatssekretär“ im Wirtschaftsministeramt, Batafow, fortwährend Knäpkel zwischen die Beine warf.

Zwischen Derschinis und Kamenew spielte sich folgender Dialog ab:

Kamenew: „Derschinis hat 45 Millionen Rubel umsonst hinausgeschmissen.“ Derschinis (wiederholt diese Worte in höchster Ironie). Kamenew: „Sie sind vier Jahre lang Volkskommissar, und ich bin erst ein paar Monate im Handelsamt.“ Derschinis: „Und wenn Sie vierzig Jahre lang Handelsminister sind, werden Sie noch immer nichts davon verstehen (Gelächter), weil Sie „Polnit machen“, anstatt ernst zu arbeiten. Ich aber, und darin besteht meine Stärke, schone mich nie. Deshalb liebt man mich und glaubt man mir.“

Derschinis beschuldigte dann Kamenew, daß er in den Sitzungen des Rates für Arbeit und Verteidigung ganz andere Behauptungen aufstelle als heute. Kamenew: „Wer hat dort gesprochen?“ Derschinis: „Ihr Staatssekretär.“ Kamenew: „Und ich?“ Derschinis: „Sie kommen ja überhaupt nicht oft in die Sitzungen.“ Kriegsminister Borosilow: „Er ist mit literarischen „Schöpfungen“ beschäftigt.“ Zwischenruf Trojtsch (nicht protokolliert). Derschinis: „Natürlich ist alles gut, was von den Anhängern des Genossen Trojtsch kommt, und alles schlecht, was von seinen Gegnern stammt.“

Die Enthüllungen sind einzigartig. Doch in der leitenden Körperschaft eines großen Staates die führenden Männer sich vor Zeugnissen derartig beschimpfen, dürfte selten vorkommen. Daß sie ihre Hoffnungen über die Öffentlichkeit preisgeben, das ist wohl doch noch nicht dagewesen.

Die inneren Kämpfe in Moskau haben eine Schärfe erreicht, daß die Ablenkung nach außen hin dringend notwendig bleibt. Deshalb wiederholen die Moskauer und mit ihr im Bunde die deutsche kommunistische Presse unentwegt das Geschrei von dem drohenden Kriege. Sie ahnen dabei nicht, wie lächerlich es wirkt, wenn die russische Großmacht vor einem polnischen Staate Angst zeigt, der nur ein Viertel oder ein Fünftel so groß ist!

Moskauer Dämmerung.

Zuspitzung der sozialen Konflikte. — Arbeitslosen- und Hungergeplagen.

Aus Moskau wird dem RSD. geschrieben:

Der Frühommer steht in diesem Jahr im Zeichen der Zuspitzung der sozialen Gegensätze. Vergebens hat Kowring, der stellvertretende Vorsitzende des Obersten Volkswirtschaftsrates, den Vertretern des Privatskapitals in der bekannten Versammlung im Volkstechnischen Museum versichert, daß in Rußland unter der Herrschaft der „proletarischen Diktatur“ die Ära des Burgfriedens heraufzuziehe. Die Klassen- und sozialen Gegensätze dehnen sich immer mehr und mehr auch auf die „sozialistischen Unternehmungen“ aus. Der Angriff der Wirtschaftler auf die Arbeiterklasse geht an der ganzen Frontlinie vor sich. Um der „sozialistischen Akkumulation“ willen werden die Methoden der rückwärtslosesten Ausbeutung in Anwendung gebracht, die in vielem an die Methoden der ursprünglichen Akkumulation erinnern. Die Intensivierung der Arbeitsleistung geht mit der Herabdrückung der Arbeitslöhne und der allgemeinen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen einher. Damit der Widerspruch zwischen „Basis“ und „Überbau“ beseitigt werde (hier machen die Kommunisten in „konsequentem Marxismus“), wird auch die Betriebsdemokratie, die den in den Betrieben neu geschaffenen wechselseitigen Beziehungen der Teilnehmer am Produktionsprozeß nicht mehr entspricht, einer Revision unterzogen. Die umfassenden Rechte und Befugnisse, in deren Genuß das technische und leitende Personal gelangt, machen die ganze Betriebsdemokratie, wie sie in den romanischen Zeiten der Oktoberrevolution proklamiert wurde, zunichte.

Trotz der allgemeinen Niedergedrücktheit versuchen die Arbeiter immerhin, der Offensive der Wirtschaftler Widerstand zu leisten. Es wächst nicht nur die Zahl der Konflikte in den Betrieben, sondern auch die Fälle mehrerer, in denen die Konflikte in offene Aktionen münden (Streiks in Serpuchow, Bogorodsk, Seleninskow und anderen Orten). So groß die Kluft zwischen den Gewerkschaften und den breiten Massen auch ist, so eng ihre widerstandsfähige Verbindung mit den Wirtschaftlern auch sein mag: mangels anderer Massenorganisationen spiegelt sich doch auch in den Gewerkschaften die oppositionelle Stimmung der Arbeit wieder.

Die zunehmende Aktivität der Arbeiter wurde deutlich durch den Verlauf der kürzlich abgehaltenen Volksversammlung des Moskauer Zentralen Gewerkschaftsrates veranschaulicht. Zwei Fragen standen im Mittelpunkt der Beratungen: die Sozialversicherung und die Arbeitslosigkeit.

Die Sozialversicherung macht gegenwärtig eine akute finanzielle Krise durch, was zur Kürzung aller Arten von Unterstützungsleistungen an Arbeiter führen muß. Das Ergebnis ist eine umfassende Bewegung der Erwerbslosen, die namentlich in der Ukraine in Erscheinung getreten ist: Erwerbslosendemonstrationen waren in Odessa, Poltawa, Seleninskow und Kiew zu verzeichnen. In Kiew nahm die Demonstration eine sehr imposante Gestalt an: an die 20.000 Erwerbslose (von insgesamt 37.000) nahmen an den Straßendemonstrationen teil, um Brot und Arbeit zu fordern.

Diese Bewegung hat den Gewerkschaftsbureaus einen großen Schrecken eingejagt. In der Volksversammlung der Gewerkschaftszentrale trat sie mit einer scharfen Kritik an dem Volkskommissariat für Arbeit hervor, das der Erwerbslosigkeit keine genügende Aufmerksamkeit widmet.

Trotz aller Schärfe der Ausführungen war dies alles freilich nur Oppositionsspielerei. In der angenommenen Resolution sind alle jene brennenden Probleme, die in den Beratungen gestreift wurden, einfach übergangen worden.

Zeltmenschen.

Da hat sich am Tegeler See ein kleines Zelt Dorf aufgetan. Es sind etwa fünfzig Zelte, die hier nebeneinanderstehen, von einigen Dächern herab weht die schwarzrothgoldene Fahne. Ringsherum steht sich Drahtzaun, und wenn man hinein will, muß man durch eine Tür treten. Man gelangt zunächst auf einen freien Platz, ein längliches Viereck, auf dem in der Reihe, beinahe gerade ausgerichtet, ein Kochherd neben dem andern steht. Hier steht man Kochtöpfe, Wasserkrüge, Kaffeekannen, Geschirre und was sonst noch zur Küche gehört. Lange Schornsteine, Blechrohre, ragen hoch, und aus ihnen bringt dicker Rauch, ein Zeichen, daß gekocht wird. Drei kleine Pumpen, die von den Ausflüglern immer reichlich in Anspruch genommen werden, stehen dahinter. Dann kommen die Zelte, eiliche mit einer kleinen Veranda davor. Durch den offenstehenden Schilf steht man die Einrichtung: zwei Betten übereinander, ein Liegestuhl, zwei andere Stühle und ein Gestell, wahrscheinlich Garderobe, woran Kleidungsstücke hängen.

Ob das eine so besondere Wertwürdigkeit ist? Nicht im geringsten. Auch an anderen schönen Wald- und Wasserstellen in der Umgebung Berlins haben sich solche Zeltstädte aufgetan. Der Ruf „Zurück zur Natur!“ findet heute eben eher denn je ein aufstrebendes Ohr. In den Mietkasernen fühlt man die Enge und Dampfhitze des Lebens in verstärkter Form. Und wie viele haben überhaupt keine eigene Wohnung? Man flüchtet zur Natur zurück, im Schoße der Mutter Erde fühlen sich alle geborgen.

Groß angelegte Briefmarkenfälschung entdeckt.

Der bekannte Händler Siegel verhaftet.

Eine große Briefmarkenbetrugs- und Fälschungsaftäre beschäftigt augenblicklich die Staatsanwaltschaft. Vor einigen Tagen wurde der Inhaber des inzwischen in Konkurs geratenen, bekannten Berliner Briefmarkenhandlung „Marken- und Ganzschriftenhaus G. m. b. H.“, Inhaber Rudolf Siegel, dessen Geschäftsräume sich in der Friedrichstraße 162 befanden, in Haft genommen. Schon seit längerer Zeit bestand gegen ihn der Verdacht, daß er billige Marken durch Umdruckungen und Fälschungstempel in Karikaturen umfälschte. Eine bei ihm unermutet vorgenommene Hausdurchsuchung erbrachte dafür den Beweis. Bisher war es aber niemals gelungen, gegen Siegel, der eine bekannte Persönlichkeit in philatelistischen Kreisen war, vorzugehen, bis es einem Mitglied des Fälschungsbekämpfungsausschusses des „Bundes der Deutschen Philatelistenverbände“ gelang, Material gegen Siegel zusammenzutragen, so daß er jetzt in Untersuchungshaft genommen werden konnte. Siegel ging in seinen Fälschungen äußerst geschickt vor. Er ahnte die Echtheitszeichen und Durchsichtige naturgetreu nach, auch vor chemischen Verfälschungen scheute er nicht zurück und erzeugte auf chemischem Wege künstliche Fehldrucke. Die Fälschungen waren oft so vorzüglich gemacht, daß sie sogar von Sachleuten nicht gleich auf den ersten Blick als Fälschungen erkannt wurden. Siegel, der bereits mehrere Tage in Untersuchungshaft lag, mußte wegen einer schweren Erkrankung aus der Haft entlassen werden. Die Untersuchung gegen ihn, die von Staatsanwalt Lehmann geführt wird, geht weiter.

Bestechung durch Kaffee und Kuchen.

Der Kriminalassistent Sch. beluhte im Oktober v. J. einen Klub im Westen von Berlin mit einer Dame als H. und Frau. Ein Empfangsherr handigte ihm sofort eine Gastkarte aus; wer die Klubräume betrat, erhielt unentgeltlich Kaffee, Kuchen und Schlaglöhne. Als der Geschäftsführer H. des Klubs erfuhr, daß Sch. ein Beamter der Polizei sei, bot er ihm sofort Kaffee, Kuchen und Schlaglöhne an und bat ihn, ihm keine Unannehmlichkeiten zu bereiten. Sowohl das Schöffengericht als auch die Strafkammer verurteilten H. zu 200 M. Strafe. Die Strafkammer machte u. a. geltend, die Besucher des Klubs erhielten ohne weiteres eine Gastkarte und Kaffee, Kuchen und Schlaglöhne ohne Bezahlung verabfolgt. Auch dem Polizeibeamten und seiner angebliehen Frau bot H. wiederholt ohne Erfolg Kaffee, Kuchen und Schlaglöhne ohne Bezahlung an und sagte zu dem Beamten, er möge doch ein Ratsch sein und den Beamten ablegen, sie würden dann viel schneller miteinander einig werden. Die Verabfolgung von Kaffee und Kuchen an die Klubbesucher ohne Bezahlung stelle den Betrieb einer Schankwirtschaft dar; wenn auch keine Bezahlung für den Kaffee, Kuchen usw. gefordert und geleistet werde, so sei doch ein gewerbmäßiger Schankbetrieb anzunehmen, da der Klub möglichst viele Teilnehmer anlocken und an dem Spiel beteiligen wolle, um auf diese Weise Gewinn und Vorteil zu erzielen. Ohne Ausweis erhielten fremde Personen Gastkarten ausgestellt und verabfolgt. Der Gewinn der Klubleitung aus dem Spiel war ein mittelbarer. Eine Erlaubnis für den Schankbetrieb war erforderlich, aber nicht erteilt worden. Der Angeklagte sei aber nicht wegen Vergehens gegen das Polizeigesetz vom 24. Februar 1923, sondern auch wegen Beamtenbestechung aus § 333 des Reichsstrafgesetzbuchs zu verurteilen, da aus seinen Worten hervorgegangen sei, daß er den Beamten durch Spende von Kaffee, Kuchen und Schlaglöhne veranlassen wollte, pflichtwidrig zu handeln und seinem Vorgelegten keinen unangenehmen Bericht über den Betrieb im Klub zu erstatten. Diese Entscheidung folgt der Angeklagte durch Revision beim Kammergericht an und bestritt, sich der Beamtenbestechung und des Schankvergehens schuldig gemacht zu haben. Der I. Strafsenat des Kammergerichts wies aber die Revision des Angeklagten als unbegründet zurück und führte u. a. aus, die Beurteilung des Angeklagten wegen Bestechung und Schankvergehens sei ohne Rechtsirrtum erfolgt.

Großfeuer in Weihenstephan.

Ein Großfeuer brach gestern Nacht in der Straßburger Straße 76 in Weihenstephan aus. Auf dem Grundstück befinden sich ausgedehnte Fabrikräume einer Tischlerei. Hausbesitzer bemerkten kurz vor 1/2 12 Uhr nachts verdächtigen Rauch, der aus der Tischlerei kam. Die Feuerwehr wurde herbeigerufen, bei deren Eintreffen das Feuer, das an Holzern reiche Nahrung fand, bereits große Ausdehnung angenommen hatte. Unter Leitung von Oberbrandmeister Franke wurde aus mehreren Rohren lange Zeit Wasser gegeben. Die Mannschaften hatten unter starker Qualm- und Hitzeentwicklung zu leiden. Erst morgens nach 5 Uhr konnten die Löscharbeiten unter Zurücklassung einer Brandwache abbrechen. Als Entstehungsursache wird Fahrlässigkeit vermutet.

Eine neue Unterschlagung beim Bezirksamt Mitte. In einer im Bezirk Mitte gelegenen Steuerkasse hat sich neuerdings eine strafbare Handlung seitens eines der dort Beschäftigten ereignet. Nach einer von Bürgermeister Genossen Schneider sofort eingeleiteten Untersuchung hat sich herausgestellt, daß sich der hinterlegene Betrag auf 862,95 Mark beläuft. Nach den bisherigen Feststellungen liegen Mängel in der Organisation nicht vor; es handelt sich vielmehr um falsche Buchungen eines unehrlichen Kassengehilfen.

Siedlung: Die kinderreiche Familie.

Die Mieterkolonie Berlins und eine große Zahl interessierter Parteigenossen waren der Einladung der Gem. Bau- und Siedlungsgenossenschaft „Die kinderreiche Familie“ gefolgt, um sich die neuerrichtete Kolonie Hennigsdorf, Nordbahn, und die Ausföhrung der bewussten Familienbauern anzusehen. Die Geschäftsführer, deren jährliche Leiter Genossen W. Rogg und Gundlach sowie der bauleitende Architekt gaben an der Hand eines Bauungsplanes nicht nur Aufschluß über die spätere Gesamtbebauung, sondern führten die Interessenten auch in die Häuschen und

zeigten ihnen, wie man unter Ausnutzung aller technischen Möglichkeiten billig und doch komfortabel bauen kann. In den Doppelhäuschen, die für je zwei Familien gebaut sind, hat jeder Mieter eine Küche, drei Zimmer, eine große bewohnbare Kammer, Badeeinrichtung, einen Stall und 45 Quadratmeter Garteland. Die ganze Wohnung wird mit einem Ofen durch Heißluft erwärmt. Baukostenzuschuß ist nicht zu zahlen, nur eine Summe von 300 M. als Mietgarantie, die Eigentum des Einzlers bleibt. Die Mietkassette 50 M. monatlich. Da ein großer Teil der Besucher anderen Baugenossenschaften angehört, deren Bauten bei kleineren Wohnungen sich bedeutend teurer gestalten, wurden diesbezügliche Anfragen bereitwillig und ausführlich beantwortet. Alle Teilnehmer waren sich darüber einig, daß hier etwas Musterträgliches geleistet ist. Nicht unerwähnt möchten wir lassen, daß der dortige Gemeindevorsteher mit der Siedlungsgenossenschaft Hand in Hand arbeitet und sein soziales Verständnis auch dadurch lebhaft unterstrichen hat, daß er es möglich machte, der Kolonie einen musterträchtigen Sportplatz unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Im September soll den Mieterkolonien Gelegenheit gegeben werden, die Bauvorhaben derselben Gesellschaft in Weihenstephan zu besichtigen. Es wäre empfehlenswert, wenn auch andere Baugenossenschaften den Mieterkolonien unter kundiger Führung Gelegenheit geben würden, ihre Bauten zu besichtigen.

Aus dem fahrenden D-Zug gesprungen.

Sie will ohne Fahrkarte nach Paris.

Große Aufregung verursachte ein Selbstmordversuch in dem Hamburg-Berliner D-Zug. In diesem wurde während der Fahrt von einem Kontrolleur ein junges Mädchen ohne Fahrkarte angetroffen, und deshalb wegen Fahrgeldhinterziehung in Gewahrsam genommen. Mitreisende beschuldigten außerdem die Schwarzfahrerin des verjüngten Diebstahls, weil sie sich in mehreren Abteilen 3. Klasse an fremden Gepäck zu schaffen gemacht habe. Die Reisenden vermuteten deshalb in ihr eine internationale Taschendiebin. Kurz vor 5 Uhr sah die Verhaftete nach der Ausfahrt aus Spandau Gelegenheiten, sich im Zuge frei zu bewegen. Diese benutzte sie, um vor der Station Jungfernheide die Tür aufzureißen und aus dem fahrenden Zug hinauszuspringen, augenblicklich in der Absicht, sich vor einen aus der anderen Richtung kommenden Vorortzug zu werfen. Dieser wurde jedoch noch rechtzeitig zum Stehen gebracht, und auch der D-Zug wurde auf das Rotlicht angehalten. Das Mädchen lag zunächst betäubungslos auf dem Gleise. Es wurde in den D-Zug zurückgetragen und nach Berlin in die Charité gebracht. Hier ergab die Untersuchung, daß es sich lediglich um eine unglückliche Hautabkühlung oberhalb eines Auges gehandelt hatte. Nach Anlegung eines Verbandes wurde es der Polizei übergeben und nach dem Prädikament gebracht. Die Verhaftete behauptet, eine 21 Jahre alte Tschechin Theresie Vidiska zu sein. Sie spricht kein Wort Deutsch, sondern nur polnisch und tschechisch. Ihre Angaben sind noch sehr unklar. Wie sie sagt, beabsichtigt sie sich auf dem Wege von der Tschechoslowakei nach Paris. Sie sei auf der Fahrt eingeschlafen und in Hamburg wieder erwacht. Ihr Gepäck befände sich in einem anderen Zuge. Sie habe es „durchgehend“ nach Paris ausgegeben. Weil sie in Hamburg ohne Mittel dagestanden habe, so sei sie ohne Fahrkarte eingestiegen, um zu verhungern, nach Paris weiter zu kommen. Die Fahrgeldhinterziehung gibt sie also zu, Diebstahlsabsichten dagegen bestreitet sie. Diese Angaben sind, wie gesagt, sehr unklar, und man weiß noch nicht, mit wem man es zu tun hat.

Im Reichspostministerium erhängt. Als heute früh Angestellte und Beamte des Reichspostministeriums in der Rauerstraße die Bureau Räume betreten, fanden sie an einem Fensterkreuz den 43jährigen Posthalter Otto S. aus der Wenzelsmühl. 3. erhängt vor. Ein sofort herbeigerufener Arzt konnte nur den Tod, der bereits vor vielen Stunden eingetreten war, feststellen. Wahrscheinlich hat sich S. am Dienstag nach Dienstschluss in den Bureau-Räumen einschließen lassen und dann Selbstmord verübt. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus gebracht. Der Grund zu dem Verzweiflungsschritt ist unbekannt.

„Topographie.“ Köchle Urungsstunde der Nachschicht Donnerstag, 5. August, vom 1/2 12 Uhr „Jugendheim“, Einbruch. 1.

Zugun erlucht. Die Jungen, die getötet haben, am 14. Juli 1924, vom 1/2 12 Uhr, vor dem Hause Wollner Str. 21, ein Nachfahrer von einem Eisenbahnzug überfahren wurde, werden gegen ihre Adresse abgehoben. Nachstellen werden gestellt. Fritz Raaf, Teichmühlener Str. 29.

Republikanischer Tag in Charlottenburg. Am Sonntag, den 8. August, ereignete sich in Charlottenburg ein schreckliches Verbrechen. Ein Mann, der sich als „Republikaner“ bezeichnete, erschoss sich in der Wohnung seiner Frau. Die Leiche wurde in der Wohnung gefunden. Die Polizei wurde benachrichtigt und fand die Leiche in der Wohnung. Die Leiche wurde in der Wohnung gefunden. Die Polizei wurde benachrichtigt und fand die Leiche in der Wohnung.

Feuerwerksexplosion in Italien.

Gestern ereignete sich eine Feuerwerksexplosion in Castell Franco bei Rom in Italien, bei der in ganzen 20 Personen getötet und 30 verletzt wurden. Die Explosion ereignete sich, als das Kirchenfest den Höhepunkt erreicht hatte und aus dem Dorfsplatz die Musik spielte. Die Menge stob entsetzt auseinander und suchte das Weite. Das Haus, in dem das Feuerwerksmaterial untergebracht war, stog in die Luft und wurde dem Erdboden gleichgemacht. Einige Nachbarhäuser wurden demoliert. Von Castell Franco ist der Präfekt mit einer militärischen Hilfsexpedition an Ort und Stelle eingetroffen. Bis jetzt konnten erst 15 Leichen geborgen werden. Sie werden in der Kirche aufgebahrt. Von den 30 Verletzten sind zwei gestorben und 3 sehr schwer verletzt. Der Hausbesitzer wurde in Haft genommen.

Auf den Spuren des Falschschreibers Frank. Die ersten Spuren des entflohenen Falschschreibers Frank sind von Berliner Kriminalbeamten auf Klagen festgestellt worden. Ein in Götzen beschäftigter Siedler, der Frank genau kennt, hat ihn am letzten Freitag nachmittag in Götzen getroffen. Frank hatte mit Tettiner Bekannten mehrere Stunden verbracht und ihnen von seinen Diebstählen erzählt. Da Frank nach seiner Flucht nur wenig Geld besaß, hat er nach den Vermutungen der Polizei Klagen auf einem Boot verlassen. Die Polizei fahndet jetzt nach dem Komplizen Franks und nach der Herkunft des von ihm benutzten Bootes.

Massenfabrikation von Flugzeugen. Der amerikanische Automobilfabrikant Ford wohnt dem Versuchsflyg eines von einem Deutschen erfundenen Flugzeuges bei, das nur 200 Pfund schwer ist und im Höchstfall eine Stundengeschwindigkeit von 80 Meilen erreichen kann. Ford beabsichtigt die Massenfabrikation dieses Flugzeuges.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung, Parteigenossen! Als die Nachricht kam, daß Kinder französischer Parteigenossen ihre Ferien nach Studien in Berlin verbringen wollten, haben unsere Genossen in lebenswärtiger Weise sich sofort bereit erklärt, die Kinder aufzunehmen. — Leider hat die Insolation in Frankreich diesen Besuch unmöglich gemacht. — In einem Schreiben vom 29. Juli dieses Jahres teilt uns der Genosse Louget mit, daß sich Frankreich in der traurigen Lage befindet, wie die deutschen Proletarier im Oktober 1923. — Der Bundesvorstand dankt allen Genossen für ihre Unterstützung und hofft, daß es einmal bessere Zeiten ermöglichen werden, die Kinder französischer Genossen bei uns zu Gast zu haben.

Der Bezirksvorstand.

Gewerkschaftsbewegung

Verbandstag der Metallarbeiter.

Dritter Verhandlungstag.

Bremen, 4. August. (Eigener Drahtbericht.) Zum Vorstandsbereich wurde von den Genossen Ulrich, Reg, Bahler, Landgraf und Dettinghaus folgende Entscheidung eingebracht:

Die deutsche Arbeiterklasse schaut auf harte Jahre zurück. Nachdem sie alle Lasten der Inflation getragen, ging das Unternehmertum nach dem Ruhrkampf Ende 1923 zum gemeinsamen Angriff vor, um den Achtstundentag zu beseitigen und die Rechte der Arbeiter weiter zu schmälern. Verlängerte Arbeitszeit und niedrige Löhne sollten die deutsche Wirtschaft zur „Gesundung“ bringen. In gleicher Tendenz folgten 1925 neue Steuererlasse und Hochschulzulose zugunsten der Besessenen. Diese falsche Politik hat die seit Ende 1925 andauernde Wirtschaftskrise erheblich verschärft. Unter ihren Folgen leidet die Arbeiterschaft sehr. Millionen sind arbeitslos, weitere Millionen nur als Kurzarbeiter beschäftigt. Einseitig und oft von brutaler Willkür diktiert, wurden Arbeiter und untere Angestellte in großen Massen entlassen, während bei den bestbezahlten höheren Beamten und Direktoren ein Abbau zumeist unterblieb, obwohl deren hohe Zahl vielfach in keinem Verhältnis zur Belegschaftsziffer steht und in der Nachkriegszeit eine erhebliche, die Produktion verteuernde Steigerung erfuhr.

Die Unternehmer sind bemüht, alle Unbill der Krise auf die Arbeitnehmer abzuwälzen,

die Verdienste weiter zu drücken und rücksichtslos all die Maßnahmen durchzuführen, die sie mit dem Schlagwort „Rationalisierung“ bezeichnen.

Die freien Gewerkschaften haben sich nie gegen technische Fortschritte gewandt. Die freien Gewerkschaften haben auch im letzten Jahrzehnt immer wieder auf die vielfachen Mängel in der deutschen Wirtschaft hingewiesen, eine bessere Betriebsorganisation und moderne Maschinen zur Erleichterung für die menschlichen Arbeitskräfte, zur Steigerung der Produktivität und zur Erzielung eines höheren Verdienstes bei kürzerer Arbeitszeit für die Arbeitnehmer verlangt.

Ueber diese sozialen und im Interesse der Wirtschaft liegende Forderungen geht das Unternehmertum jedoch glatt hinweg, nur seinen Profit und seine Machtinteressen verfolgend.

Die Klassengegensätze treten immer schärfer hervor. Weniger denn je hat die Arbeiterklasse Ursache, irgendwo die Frage der Arbeitsgemeinschaften erneut aufzuwerfen. Es ist zu begrüßen, daß die Spitzenleitungen der freien Gewerkschaften Deutschlands 1924 ihren Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft vollzogen haben.

Beigebendste

Klassen солидарität aller Hand- und Kopfarbeiter und -arbeiterinnen ist zwingendes Gebot, ebenso unverbrüchliche Solidariät aller noch in Arbeit Stehenden mit den Erwerbslosen wie umgekehrt im gleichen Sinne.

Anerkennend die im Interesse der Krisenopfer gelegenen steten Bemühungen der Verbandsfunktionäre und des Vorstandes fordert der Verbandstag von Regierung und Belegschaft:

1. eine ausreichende Unterstützung, die allen arbeitslos gewordenen Arbeitnehmern für die volle Dauer ihrer Erwerbslosigkeit eine Existenz gewährt;
2. eine Kurzarbeiterunterstützung für jeden ausgefallenen Arbeitstag in Höhe der Säge, die der einzelne bei Voll-erwerbslosigkeit beziehen würde;
3. umfassende Maßnahmen, um der Krise entgegenzuwirken und

die Erwerbslosen in Arbeit zu bringen,

sowie beschleunigte Durchführung des am 28. Juni d. J. vom Reichstag angenommenen Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Der Einführung einer Arbeitslosenversicherung kann nur dann zugestimmt werden, wenn damit eine Verbesserung der Erwerbslosensicherung im allgemeinen erreicht und eine Reduzierung der Unterstützungsbezüge der schlecht entlohnten Arbeitnehmerkategorien vermieden wird. Die Erfahrungen haben gelehrt, daß die in Zeiten schwerer Wirtschaftskrisen notwendigen Mittel zu einer ausreichenden Unterstützung von Millionen von Erwerbslosen durch Versicherungsbeträge allein nicht aufgebracht werden können. Reich und Länder haben daher die Pflicht, in solchen Zeiten die hierzu notwendigen Zuschüsse zu leisten.

Eine wirksame Interessvertretung der wertvollen Volksmassen setzt die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte in einheitlichen Klassenorganisationen voraus. Jeder einzelne muß dahin wirken, daß die Differenzen innerhalb der Arbeiterklasse zurückgedrängt und allerorts in aufrichtigem Tun

die proletarische Einigung

angestrebt wird. Gemeinsame Klasseninteressen und die Erfüllung sozialistischer Zukunftsaufgaben müssen das Proletariat vereinen.

Die freien Gewerkschaften sollen alle Arbeitnehmer umfassen. International ist die Basis eines einheitlichen Zusammenchlusses der Gewerkschaften in der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, für die Metallarbeiterverbände im Internationalen Metallarbeiterbunde gegeben.

Harte Kämpfe stehen uns bevor. Der Achtstundentag muß zurückerobert, die Lebenshaltung der Arbeiterklasse gebessert, ihre Rechte erweitert werden. Sind wir gewillt, in diesem Ringen alle proletarischen Kampfmittel je nach Lage der Verhältnisse anzuwenden, so müssen wir es doch ablehnen, uns auf eines dieser Kampfmittel festzuliegen. Die Abhaltung besonderer Kongresse kann der Verbandstag heute nicht beschließen. Kongresse können nicht Selbstzweck, sondern in bestimmten Situationen nur Mittel zum Zweck sein. Wollen wir den uns gestellten großen Aufgaben gerecht werden, ist die sachliche Mitarbeit aller Kräfte, das kollegiale Zusammenwirken familiärer Mitglieder und die Heranziehung der dem Verbands heute noch fernstehenden Metallarbeiter und -arbeiterinnen notwendig. Der Verbandstag fordert die Kollegen und Kolleginnen im Lande auf, in diesem Sinne zu wirken.

Der Schiedspruch für die Handelshilfsarbeiter. Einstimmig abgelehnt.

Der Verkehrrbund hatte zu gestern abend nach dem Gewerkschaftshaus eine Brandversammlung der Handelshilfsarbeiter einberufen, um zu dem Schiedspruch des Gewerbers Rörner vom 30. Juni Stellung zu nehmen. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung war der große Saal des Gewerkschaftshauses und die Galerie lange vor Beginn der Versammlung dicht gefüllt.

Genosse Pollmeyer vom Verkehrrbund ging in seinem Bericht zunächst auf die Abbaubewegung der Unternehmer des Einzelhandels gegen die Angestellten ein, die nur der Auktakt sein sollte für einen Abbau der Handelshilfsarbeiterlöhne. Nachdem für die Angestellten des Berliner Einzelhandels am 19. Juni ein Schiedspruch gefällt war, der einen Abbau der Gehälter der Angestellten bis zu 13 Proz. vorsah, glaubten die Unternehmer, das Spiel mit den Handelshilfsarbeitern schon halb gewonnen zu haben.

In den direkten Verhandlungen wie auch in den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß bestanden die Unternehmer hartnäckig auf einen Abbau der Löhne bis zu 20 Proz. Sie verlangten weiter, daß, wenn ein Schiedspruch mit niedrigeren als den bisherigen Löhnen gefälle würde, er mindestens bis zum 31. März 1927 gelten sollte. Die Unternehmer begründeten ihre Forderungen mit dem jetzt üblichen Verhandlungsgeheim aller Unternehmer, daß auch der Einzelhandel die Löhne, die nach ihrer Meinung weit über den Löhnen in ähnlichen Branchen lägen, nicht weiter „tragen“ könne. Jedenfalls kam der Gewerberat Rörner durch seinen Schiedspruch, der die von uns bereits mitgeteilten Abzüge von den ohnedies schon kärglichen Löhnen vorsieht, sehr weit entgegen.

Die Unternehmer haben selbst diesen Schiedspruch abgelehnt, weil er einmal ihren Abbaumwünschen nicht genügend entgegenkam, zum anderen es ihnen nicht genehm ist, daß das Lohnabkommen mit 14tägiger Frist zu jedem Monatsende kündbar sein sollte. Die Unternehmer wollten eine Gültigkeit des Lohnabkommens, wenn nicht bis zum 31. März 1927, so doch zum mindesten bis zum 31. Dezember d. J. festgelegt wissen. Jedenfalls sollte das Lohnabkommen zu einem Zeitpunkt ablaufen, an dem die Geschäftslage einen neuen Tarifabschluß zugunsten der Arbeiter unmöglich macht. Genosse Pollmeyer teilte zum Schluß seines Berichts mit, daß die Lohnkommission der Versammlung die glatte Ablehnung dieses Schiedspruches empfahl. So sehr man als Gewerkschafter für die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Kollektivverträge sei, so wenig kann ein Gewerkschafter für einen Tarifabschluß mit jedem Preis sein. Die Handelshilfsarbeiter werden auch in einer Zeit, in der kein Lohnarbitrage besteht, ihre Löhne zu halten wissen und sich für den Neuabschluss eines Lohnabkommens eine für sie günstigere Zeit aussuchen. Genosse Pollmeyer forderte die Versammlung auf, keine Reserve zu unterschreiben, in denen das Einverständnis mit einem Lohnabbau erklärt wird. Die Unternehmer werden wahrheitsgemäß mit Reserve an die Handelshilfsarbeiter herantreten, wie sie es jetzt bei den Angestellten tun. Die Handelshilfsarbeiter müssen aber die nächste Zeit nützen, alle Berufskollegen, die heute noch glauben, eine Organisation nicht zu benötigen, restlos der Organisation zuzuführen.

In der regen Diskussion, in der auch der Vorsitzende der Ortsverwaltung, Genosse Ortman, sprach, gaben alle Redner ihre Empörung kund über die brutale Art des Auftretens der Unternehmer, die sich bis jetzt immer ein soziales Mäntelchen umgehängt hatten und sich nicht genug tun konnten im sogenannten „Dienst am Publikum“. Die Abstimmung ergab die einstimmige Ablehnung des Schiedspruches.

Ein Musterbetrieb.

Reif für das Polizeipräsidium.

Vom Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten wird uns geschrieben:

Unternehmen, die es verstehen, sich ein soziales Mäntelchen umzuhängen, können bei uns in Deutschland, wenigstens solange die Deffentlichkeit über ihre Geschäftspraktiken im unklaren bleibt, immer auf geschäftliche Erfolge rechnen. Bankgründungen mit angeblichem sozialen Programm, die mehr oder minder problematischen Wohlfahrtszwecken zu dienen vorgeben, können in weiten Kreisen auf Sympathien rechnen, weil wir noch weit von dem Ziele entfernt sind, daß die Banken einzig und allein im öffentlichen Dienste stehen und die aus ihren Geschäften erzielten Gewinne der Allgemeinheit zuzuführen lassen müssen.

Es ist deshalb Pflicht der Deffentlichkeit gegenüber, hinter die Kulissen solcher Bankgründungen zu leuchten, die nach außen hin mit einem hochtönenden sozialen Programm aufwarten und angeblich der Wohlfahrt derjenigen Schichten dienen wollen, an die sie sich in erster Linie wenden.

Die Bank für Deutsche Beamte, hervorgegangen aus der Kleiderbeschaffungstelle für Beamte, ist ein solches Unternehmen. Angeblich zu dem Zwecke gegründet, um bedürftigen Beamten Darlehen zu gewähren. Wie sieht es zunächst damit aus? 4 Proz. Zinsen jährlich bekommt der Einleger, der höhere Beamte, der etwas von seinem Einkommen zurücklegen kann. Der Beamte aber, der in die bedauernde Lage kommt, ein Darlehen von dieser „Bank“ zu nehmen, muß monatlich 1 1/2 Proz. Zinsen und Gebühren zahlen, also 21 Proz. jährlich. Die präzise Bezeichnung für eine solche, seit langem bei keiner anderen Bank mehr übliche Zinsspanne vermag man nur an Hand der einschlägigen Paragraphen des Strafgesetzbuches zu finden. Der betroffene Beamte und der unbefangene Laie wird ein solches Geschäftsgebaren glatt Bucher oder Krawatte machen nennen. Dabei werden die Darlehen selbstverständlich nur gewährt, wenn der Beamte ausreichende Sicherheiten zu stellen vermag.

Der Obermacher dieses geschäftstüchtigen Unternehmens, nach außen hin Leiter der Kleiderbeschaffungstelle, ist ein früherer Postsekretär Josef Weber, der sich für ein luxuriöses Wohnhaus für das hübsche Sümmchen von 80 000 R. einrichten lassen konnte und ein jährliches Gehalt von nicht weniger als 60 000 Mark bezieht. Der nominelle Direktor der Bank für Deutsche Beamte, ein gewisser Alois Weber, der im nahen verwandtschaftlichen Verhältnis zu Josef Weber steht, bezieht ein Jahresgehalt von „nur“ 20 000 R., also täglich rund 60 Mark.

Solange sich Dumme finden, die dieser „Bank“ solche wucherischen Darlehensgeschäfte ermöglichen, sollte man meinen, daß eine Beteiligung an anderen Zweigen gewinnbringender Bankgeschäfte den Betkern kaum erdrücken scheint. Doch der kluge Mann baut vor.

Die seit Wochen andauernde Börsenhausse hat auch dem beklagenswerten Angestellten dieser Bank riesenhafte vermehrte Arbeit gebracht. Es werden sogar Hilfskräfte gegen tägliche Kündigung eingestellt, die das generöse Honorar von täglich 4 Mark brutto erhalten. Die Arbeitszeit dauert in gewissen Abteilungen seit Wochen wieder von morgens 7 bis 1 Uhr nachts, ohne daß die Leitung auch nur daran denkt, die Ueberstunden zu zahlen. Tarifliche Bezahlung nach den unzulänglichen Sätzen des Bantentarifses haben die Angestellten trotz allgemeiner Verbindlichkeit sämtlicher Schiedsprüche bisher nicht durchsetzen können. Bärger als einige Wochen hält es kein Angestellter in diesem Musterbetriebe aus.

Auf die menschenmörderische Ueberarbeit bei dieser und auch bei anderen Banken sind die zuständigen Gewerbeaufsichtsämter wie derholt hingewiesen, in dem Spezialfalle der Bank für Deutsche Beamte seit Herbst 1925. Gehehen ist bisher nichts Wesentliches, trotzdem ein Gewerbeaufsichtsbeamter die Wichtigkeit der Beschwerden des Personals und der Gewerkschaft feststellte. Es ist daher an der Zeit, daß die vorgelegte Behörde der Gewerbeaufsichtsämter, das Berliner Polizeipräsidium, endlich einmal nach dem Rechten sieht.

Den bedauernswerten Angestellten dieses Bankinstituts aber ist zu sagen, daß sie vergeblich auf eine Besserung dieses Arbeitsverhältnisses warten werden, wenn sie sich nicht dazu aufraffen, sich restlos im freigewerkschaftlichen Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten zu organisieren. Trotz Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit braucht sich niemand solche entwürdigenden Arbeitsverhältnisse gefallen zu lassen. Aber, wie jedes Volk die Regierung hat, die es verdient, so hat jede Belegschaft das Arbeitsverhältnis, das ihrer gewerkschaftlichen Reife entspricht.

Englischer Regierungskurs gegen die Gewerkschaften. Churchill gegen die Beamtengewerkschaften.

London, 4. August. (E.P.) Im Unterhause erklärte Schatzkanzler Churchill, daß die Regierung den Staatsbeamtengewerkschaften nicht das Recht zusprechen könne, dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund oder einer politischen Partei anzugehören. Das bedeutet, daß eine große Anzahl von Staatsbeamtengewerkschaften, die zusammen 125 000 Mitglieder zählen, aus dem Gewerkschaftsbund auszutreten haben werden. (Die Frage ist allerdings, ob sich die Beamtengewerkschaften diesem Ullas beugen.)

Lohnkonflikt in Polnisch-Oberschlesien.

Katowice, 4. August. (U.) Die Arbeiterorganisationen haben die am 31. Juni auf dem Betriebsrätekonferenz beschlossene Kündigung des in der Schwerindustrie geltenden Lohnarbitrages nunmehr ausgesprochen. In der Begründung heißt es, daß die jetzigen Löhne in keinem Verhältnis zu der wachsenden Teuerung stehen. Während die Lebensmittelpreise seit 1924 um 80 Proz. gestiegen seien, betrügen die Lohnhöhen nur 14 Proz. Auch die Arbeiterorganisationen im Dombrowaer Gebiet haben die Lohnarbitrage gekündigt. Von den Verbänden wird bei einer Ablehnung der Lohnforderungen mit Streik gedroht.

Wirtschaft

Neue polnische Zollverordnungen.

An Stelle der am 31. Juli abgelaufenen Verordnung über Zollvergünstigungen bei der Einfuhr von Maschinen und Apparaten nach Polen ist, wie der Ostpreß mitteilt, am 1. August d. J. eine neue Verordnung getreten, die den 80prozentigen Zollnachschuß sowie die sonstigen Bestimmungen der bisherigen Verordnung für die Zeit bis zum 31. Dezember 1926 aufrechterhält. Voraussetzung für die vom Finanzministerium zu genehmigende Anwendung des Vergünstigungszolls (20 Proz. des Normalzolls) bleibt es danach, daß die betreffenden Maschinen und Apparate in Polen selbst nicht hergestellt werden und einen Bestandteil neuinstallierter kompletter Werkeinrichtungen darstellen. Die vom Finanzministerium auf Grund der Verordnungen vom 4. März und vom 26. April d. J. erteilten Genehmigungen werden bis zum 30. September bzw. 31. Dezember d. J. prolongiert. Für Maschinen und Apparate, auf die die neue Verordnung anwendbar ist, die aber in der Zeit vom 1. August bis zum 31. Dezember d. J. ohne Zollnachschuß verzollt werden, kann die Differenz zwischen dem normalen und dem Vergünstigungszoll zurückerstattet werden, sofern die Identität der betreffenden Waren bei der Verzollung festgestellt wird.

Der Ausfuhrzoll auf Weizen ist mit Wirkung vom 1. August aufgehoben worden.

Am 29. Juli ist eine polnische Verordnung in Kraft getreten, die die Zollrückstattung bei der Ausfuhr von Eisen und Stahl, Blechen, Eisenbahnräubern, Kesselerzeugnissen, Eisen- und Stahldraht sowie von Eisenbahngüterwagen regelt. Der Rückerstattung unterliegt der Zoll, der für die aus dem Auslande bezogenen und zur Herstellung der genannten Waren verwendeten Materialien, nämlich für Roh-eisen und gewisse Hilfsmaterialien, entrichtet worden ist.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften im Juli. Nach der Statistik des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften waren am 1. August 1926 vorhanden: 109 Zentralgenossenschaften, 20 837 Spar- und Darlehensstellen, 4707 Bezugs- und Abfallgenossenschaften, 3838 Molkereigenossenschaften, 10 568 sonstige Genossenschaften, zusammen 40 079 landwirtschaftliche Genossenschaften. Auch der Monat Juli zeigt wiederum eine Verminderung in der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Alle Genossenschaftsarten mit Ausnahme der Molkereigenossenschaften, sind an dieser Entwicklung beteiligt, und zwar stehen bei den Spar- und Darlehensstellen 26 Abgänge 13 Zugänge gegenüber, während die Bezugs- und Abfallgenossenschaften 16 Abgänge und 7 Zugänge, und die sonstigen Genossenschaften 43 Abgänge und 38 Zugänge aufweisen. Die Gründungstätigkeit bei den Molkereigenossenschaften mit 12 neuen Genossenschaften hält an.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geiger; Wirtschaft: Arthur Göttrich; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Neuigkeiten: Dr. John Schimanski; Politik und Sonstiges: Fritz Karst; Anzeigen: H. Glöck; Ähnlich in Berlin. Verlag: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Berliner - Elektriker - Genossenschaft
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf
Fernsprecher Norden 65 23 u. 65 26 | Landhausstraße 4. Tel.: Plätzburg 9631
Ausstellungsräume und Lager
Alexanderstr. 30-40 (Alexander-Passage) Tel.: Königsstadt 540.
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfangs
zu kulantem Zahlungsbedingungen.
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen

Korbmöbel
Große Auswahl! Billige Preise!
Peddighröhrisch
von 5,75 M. an
Peddighröhrisch
von 7,50 M. an
Special-Korbmöbelhaus
Edmund Vob
Neukölln, Berlin Str. 14.
Anzahlung gestattet

Der gute Kapitän-
Kaufabak ist die wahre Zigarren-
genüsse erhellend
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgst. 3661

Bettfedern Adolf Pohl
Dresdener Straße 13
(Fabrikgebäude.)

Holzhäuser
liefert seit 25 Jahren
Dickmann A.-G., W 47
Wochenendhäuser - Prospekte gratis!
Wald- u. Wasserparzellen - Nedwig

Mieten Sie von uns

Wäsche-
Kollern
Wachsmaschinen
Beleuchtungs-
Körper
jeder Art
Gaskocher
Gasherde
Brot-
Backöfen
Saug-
Sauger
Schwinde
in
6 Monaten
Eigentum
Man verlange
Sonderprospekt!

PRADDATZ & Co
Berlin W. 60, Leipzigerstr. 122-123

Wolff Hoffmann
Episoden und Zwischenrufe
aus der Parlaments- und Ministerzeit.
Preis 1 Mark. Netto 5 Pfennig.
Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.

Rule 8 Mk. an
Hochmal- u. Bandmaschinen, ca. 15 Min.
von Birkenwerder, direkt am Staatsforst
Verkaufert tagl. im Restaurant „Altes
Bergschloß, Birkenwerder“.
Nieder, Berlin C., Gontardstr. 5

DER KLEINE BROCKHAUS
Preis M. 23,-
Auch in Ratenszahlung
Zu beziehen durch
J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 2
(Abteilung Sortiment)
und sämtl. Vorwärts-Ausgabestellen

Photoapparate
Bedarfsartikel
Entwickeln - Kopieren
gut und preiswert
Photo - Spezialhaus Haller
Kottbuser Damm 98